

A30

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Pflichtdienste ablehnen - Freiwilligendienste stärken!

Antragstext

1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge
2 beschließen:

3 **1. Pflichtdienste? Nein danke.**

4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein lehnt die Einführung verpflichtender
5 sozialer oder gesellschaftlicher Dienste ab. Pflichtdienste greifen in die
6 Lebensplanung junger Menschen ein, verschärfen soziale Ungleichheiten und
7 ersetzen keine strukturellen Lösungen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht
8 nicht durch Zwang, sondern durch faire Bedingungen, die freiwilliges Engagement
9 fördern. Für diese setzen wir uns konsequent ein.

10 **1. Freiwilligkeit hat Vorrang**

11 **Frieden, Freiheit und Stabilität sind in Europa erschreckenderweise keine
12 Selbstverständlichkeit mehr. Deutschland spürt schon heute die Bedrohung durch
13 Desinformation, hybride Angriffe und internationale Krisen. Wir befinden uns in
14 einer Situation, wie Sie vor zehn Jahren als undenkbar für uns gewesen wäre.
15 Vor diesem Hintergrund finden die Debatten um zusätzliche Mittel und
16 zusätzliches Personal für die Bundeswehr statt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-
17 Holstein sieht die Notwendigkeit, die Bundeswehr personell zu stärken.
18 Pflichtdienste greifen in die Lebensplanung junger Menschen ein, sind ein echter
19 Eingriff in die freiheitlichen Grundrechte und können nur ein Mittel sein, wenn
20 andere Schritte nicht zum Erfolg führen.**

23 **Wir sprechen uns dafür aus, auf Freiwilligkeit zu setzen und halten das**
24 **Potenzial für nicht ausgeschöpft.**

25 **Das ist ein wesentlich angemesseneres Mittel, als junge Menschen**
26 **zwangzuverpflichten.**

27 **Außerdem muss der Zugang zur Allgemeinen Grundausbildung leichter werden. Wir**
28 **finden, dass Verteidigungsfähigkeit nicht allein bei sehr junge Männern liegen**
29 **kann. Die Frage, ob wir – im Fall der hoffentlich nie eintritt –**
30 **verteidigungsbereit sind, muss sich an mehr Menschen richten. Statt allein über**
31 **die Wehrpflicht zu streiten, sollten wir all denen, die bereit sind**
32 **Verantwortung zu übernehmen, Angebote machen, z.B. eine Grundausbildung in**
33 **flexibler Form auch für berufstätige Männer und Frauen.**

34
35 **Wenn die Stärkung der freiwilligen Angebote nicht die für die aktuelle**
36 **Bedrohungslage notwendige Beteiligung bewirkt, muss diese Debatte erneut**
37 **betrachtet und durchdacht werden, um einer realistischen Lösung für die**
38 **verschärfte Sicherheitslage gerecht werden zu können.**

39 Diese Ablehnung umfasst gleichermaßen die Wehrpflicht. Wir müssen anerkennen,
40 dass sich die Sicherheitslage verschärft hat und die Bedrohungslage auf Weiteres
41 hoch bleiben wird. Dies verlangt auch von uns Antworten zu liefern. Diese liegen
42 jedoch nicht in staatlich angeordneten kurzzeitigen Dienstpflichten, sondern in
43 Professionalität, Vorbereitung und freiwilliger Bereitschaft. Sicherheit
44 verlangt funktionierende Strukturen, qualifizierte Kräfte und gute
45 Rahmenbedingungen – nicht die pauschale Verfügbarkeit aller jungen Menschen.
46 Angebote zur freiwilligen Vorbereitung auf Krisen- und Verteidigungsaufgaben
47 sollen offenstehen und gestärkt werden, aber ohne Zwang und ohne Rückkehr zu
48 Pflichtdiensten.

49 **2. Freiwilligendienste stärken – als glaubwürdige Alternative**

50 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzt sich für den strukturellen Ausbau
51 und die faire Finanzierung von Freiwilligendiensten als echte Alternative zu
52 sozialen und gesellschaftlichen Pflichtdiensten ein. Ziel ist ein Zugang für
53 alle jungen Menschen, die Förderung von gesellschaftlichem Engagement sowie
54 qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen in den Diensten und bei den Trägern.
55 Dazu gehört insbesondere:

- 56 • **Recht auf einen Freiwilligendienst ab 2030** für alle jungen Menschen –
57 unabhängig von Elternhaus, Herkunft oder Trägerstruktur. Freiwilligkeit
58 muss für alle ermöglicht werden.

- 59 • **Die Träger der Freiwilligendienste** sollen durch eine Erhöhung der Mittel

60 entlastet werden.

- 61
- **Finanzielle Absicherung für Freiwillige:** Anhebung des Taschengeldes auf
62 BAföG-Niveau, damit Teilnahme nicht von familiärer Unterstützung abhängt.

63

 - **Anerkennung & Vergünstigungen:** Gleichstellung des Freiwilligenausweises
64 mit Schüler*innen-, Azubi- und Studierendenausweisen. Perspektivisch
65 sollen die ÖPNV-Vergünstigungen zu einem kostenlosen Zugang führen.
66 Preiserhöhungen (z.B Deutschlandticket), sollen nicht weitergegeben
67 werden. Freiwillige sollen vom Rundfunkbeitrag befreit werden und in
68 staatlich getragenen bzw. -geförderten Einrichtungen freien Eintritt
69 erhalten (z. B. Museen, Schwimmbäder).

70

 - **Stabile Trägerstrukturen:** Dynamische Anpassung der Fördermittel an reale
71 Kostensteigerungen (Personal, Energie, Seminare), um tarifgerechte
72 Bezahlung sowie 25 Bildungstage in der nötigen Qualität dauerhaft
73 sicherzustellen.

74

 - **Partizipation stärken:** Institutionalisierte Mitbestimmung der Freiwilligen
75 bei der Ausgestaltung von FSJ/FÖJ (Stimm- und Mitspracherechte der
76 Freiwilligen bei ihren Einrichtungsstellen, Trägern und der gewählten
77 Vertretung auf Landesebene). Die Arbeit der Sprecher*innen als gewählte
78 Vertretung der Freiwilligen soll finanziell abgesichert werden.

79

 - **Internationale Dimension sichern:** FÖJ international (Einsätze von und in
80 SH) wird langfristig gesichert und ausgebaut, um Austausch, Weltoffenheit
81 und interkulturelles Lernen zu stärken.

82

 - **Information & Teilhabe sichern:** Flächendeckende Information über
83 Freiwilligendienste spätestens im letzten Schuljahr sowie barrierefreie,
84 divers gestaltete Beratungs- und Informationsangebote. Ebenfalls sollen
85 alle jungen Menschen ab dem 18. Lebensjahr per Anschreiben über die
86 Freiwilligendienste informiert werden.

87

 - **Inklusion & Vielfalt stärken:** Zusätzliche Mittel für inklusive Zugänge,

88 Barrierefreiheit und diversitätssensible Ansprache, damit
89 Freiwilligendienste allen jungen Menschen mit ihren Bedürfnissen
90 offenstehen.

- 91
- **Anerkennung:** Freiwilligendienste sollen auch in Bildung, Ausbildung und
92 beruflicher Orientierung als qualifizierender Erfahrungsraum sichtbar
93 gemacht werden – etwa durch die Anerkennung von erworbenen Kompetenzen,
94 als Wahlpflichtmodule in Curricula und als Erfahrungszeiten in Bewerbungs-
95 und Auswahlverfahren.